

Fragen

für die Fragestunde der 156. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. April 2008

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ackermann, Jens (FDP)	1, 28	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	19, 20
Barth, Uwe (FDP)	41	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	3, 4
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	36, 37	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	34, 35
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 31	Koppelin, Jürgen (FDP)	29, 30
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	5, 6	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	9, 10	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	13, 38
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	7, 8	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	18
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 26
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	27, 42	Westrich, Lydia (SPD)	11, 12
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
Jens Ackermann
(FDP) Welchen Zeitablauf hat die Bundesregierung für die Expertengruppe zur Novellierung des Rettungssassistentengesetzes?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Prüfstandtests, die einer Fahrstrecke von mehr als 50 000 km entsprechen (mit welchen Filtern – bitte unterscheiden nach offenen und geschlossenen Systemen, welchen Katalysatoren und welchen Motoren), die mit Biodiesel mit einem Beimischungsanteil in Höhe von sieben Prozent durchgeführt wurden, der exakt dem Phosphorhöchstwert der Norm entsprochen hat, liegen der anlässlich der Fragestunde am 9. April 2008 schriftlich niedergelegten Einschätzung der Bundesregierung zu Grunde, dass bei Verwendung von normgerechten Kraftstoffen keine Schäden an Fahrzeugen auftreten, und von welchen ganz konkreten Normen spricht die Bundesregierung an dieser Stelle (bitte die konkrete DIN angeben und deren Ausgabe benennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.) Welchen Beitrag beabsichtigt die Bundesregierung zu leisten, um die in zahlreichen ärmeren Ländern akut drohende Hungersituation infolge der weltweiten Preisexplosion bei Nahrungsmitteln und die hieraus erwachsenden Gefahren für die politische Stabilität abzuwenden?

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

4. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
Wird die Bundesregierung ihren Einfluss auf EU-Ebene geltend machen, um den EU-Binnenmarkt stärker für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern zu öffnen, und falls nein, weshalb nicht?
5. Abgeordneter
Dr. Edmund Peter Geisen
(FDP)
Wie bewertet die Bundesregierung die von einigen Ländern geäußerte Absicht, eine „Durchseuchung“ von Rinderbeständen in Kauf zu nehmen, um danach auf eine natürliche Immunität der Tiere vertrauen zu können?
6. Abgeordneter
Dr. Edmund Peter Geisen
(FDP)
Welche Schäden im Rahmen der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit werden nicht von den Tierseuchenkassen entschädigt?
7. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP)
Wie bewertet die Bundesregierung die These, dass eine flächendeckende Impfung aller Rinder, Schafe und Ziegen gegen die Blauzungenkrankheit rechtzeitig vor dem Weideaustrieb, also spätestens Mitte April, erfolgen muss, um zu verhindern, dass die Gnitzen (Stechmücken), die die Krankheitserreger beim Blutsaugen aufnehmen und auf andere Tiere übertragen, während der Weidesaison auf eine Vielzahl von bereits mit dem Virus befallenen Tieren treffen?
8. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP)
Welche Maßnahmen haben Bund und Länder unternommen, um Tierhalter und Tierärzte ausreichend und rechtzeitig über die Impfungen zur Bekämpfung der Blauzungenkrankheit zu informieren?
9. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(FDP)
Bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Lieferung des angeforderten Impfstoffs, und bis wann ist mit dem Abschluss einer ausreichenden Impfung gegen die Blauzungenkrankheit in Höhe von 80 Prozent der Tierbestände von Rindern, Ziegen und Schafen in Deutschland zu rechnen?

10. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)
- Haben Bund und Länder rechtzeitig den Tierärzten die für die Durchführung der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit notwendigen klaren und praktikablen Ausführungsbestimmungen zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Ist das Bundesministerium der Verteidigung vor dem Hintergrund, dass März dieses Jahres die Bundeswehr bei Übungsflügen über der Westpfalz Übungsmunition, sogenannte Düppel, über bewohntem bzw. landwirtschaftlich genutztem Gebiet abgeworfen hat, bereit, den berechtigten Sorgen der betroffenen Anwohner über eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch diese Übungsmunition insoweit Rechnung zu tragen, dass es ein unabhängiges Prüfinstitut mit einem Gutachten zu möglichen gesundheitlichen Risiken durch die Düppel beauftragt und die Ergebnisse des Gutachtens den betroffenen Bewohnern bekannt macht?
12. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Hält das Bundesministerium der Verteidigung den Abwurf von Übungsmunition über bewohntem sowie landwirtschaftlich genutztem Gebiet für politisch vertretbar im Hinblick darauf, dass es sich bei dem betroffenen Gebiet um eine Region handelt, die seit vielen Jahren überproportional stark von verschiedensten militärischen Belastungen durch Tiefflüge, Munitions- und Giftgaslager und militärischen Flugbetrieb allgemein betroffen ist?
13. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Trifft das zu, was in der ARD-Sendung „monitor“ vom 3. April 2008 behauptet wurde, dass externe Mitarbeiter auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mitgewirkt haben, und wenn ja, welche Unternehmen, die Mitarbeiter in das Bundesministerium der Verteidigung delegieren konnten, hatten in der Zeit von 2004 bis 2006 auch öffentliche Aufträge durch das Bundesministerium der Verteidigung erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

14. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Reichen nach Auffassung der Bundesregierung die Ergebnisse der erneuten Aktualisierung der Nutzen-Kosten-Untersuchungen (NKU) des Projekts 2. S-Bahn-Stammstrecke in München aus, um das Projekt im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms zu fördern, und welche Voraussetzungen neben der Überschreitung bestimmter Nutzen-Kosten-Verhältnisse müssen für die Bundesregierung Projekte, deren Nutzen-Kosten-Faktor knapp über eins erreichen, erfüllen, um in das GVFG-Bundesprogramm aufgenommen zu werden?
15. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hält die Bundesregierung die Ergebnisse der NKU für plausibel, nachdem mittlerweile das Projekt erheblich gestreckt wurde und unklar ist, ob überhaupt alle Baustufen verwirklicht werden, und wie steht die Bundesregierung zu deutlich preiswerteren Alternativen wie beispielsweise dem Ausbau des Eisenbahnsüdtrings?
16. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der Befahrung von Bundeswasserstraßen mit sog. Airboats, und welche Beschränkungen sind – analog beispielsweise zu Wasserskinutzung oder Wassermotorrädernutzung – vorgesehen bzw. existieren bereits?
17. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse konnte die Bundesregierung bislang über die Machbarkeit und Finanzierbarkeit der Dachverlängerung des Berliner Hauptbahnhofes gewinnen, und wie ist der aktuelle Zeitplan für den Fortgang der Überprüfung?
18. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass Menschen mit Behinderung, die eine Sonderparkgenehmigung haben, häufig feststellen, dass zwar von unberechtigt zugewiesenen öffentlichen Behindertenparkplätzen abgeschleppt wird, nicht jedoch von solchen auf privaten Grundstücken – z. B. bei Arzt- und Physiotherapiepraxen, Handelseinrichtungen –, bei denen die Besitzer beim Abschleppdienst in Vorkasse treten müssen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

19. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie setzt sich die Bundesregierung für die Gewährleistung der Sicherheit der ca. 2 000 deutschen Künstler, Journalisten, Gäste, Fans und Interessierten, die zum Finale des Eurovision Song Contest am 24. Mai 2008 nach Belgrad reisen, im Hinblick auf die Androhung von serbischen Rechtsextremisten und weiterer rechter Gruppen, die zu Gewalttaten gegen die nicht unerhebliche Anzahl lesbischer und schwuler Teilnehmer aufrufen, bei den serbischen Behörden und der Eurovision-Dachgesellschaft EBU ein?
20. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitslage für die zahlreichen deutschen und internationalen lesbischen und schwulen Gäste am Eurovision Song Contest in Belgrad?
21. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Anzahl und Ablauf rechtsstaatswidriger Verfahren gegen Beschuldigte in Afghanistan seit Amtsantritt der Regierung Hamid Karzais (etwa in Anwendung der Scharia), insbesondere über Androhung, Anwendung und Vollstreckung von Folter oder unmenschlicher Behandlung und Todesstrafe, und welche bindenden Regularien sind vereinbart worden für den Umgang mit und die Aburteilung von Gefangenen oder Festgehaltenen, insbesondere denjenigen, denen rechtsstaatswidrige Verfahren oder die Todesstrafe drohen, die von der Bundeswehr an afghanische und US-amerikanische Stellen weitergeben wurden?
22. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die zurückhaltende Reaktion des russisch-britischen Unternehmens TNK-BP auf das Vorgehen der russischen Regierung gegen das Unternehmen, dessen Büroräume durchsucht, dessen 148 ausländische Mitarbeiter angeblich Visumsprobleme hatten und dessen größtes Ölfeld Samoilor einer Inspektion unterzogen wird, eher dem Versuch des Unternehmens geschuldet ist, sich vor der mangelnden Rechtsstaatlichkeit und weiteren Problemen zu schützen, als dass es für die Irrelevanz des Vorgangs für TNK-BP spricht?

23. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die beschriebene mangelnde Rechtsstaatlichkeit im Bereich des Wirtschaftsrechts auf mangelnde Rechtsstaatlichkeit insgesamt und damit auch im Bereich der Grund- und Menschenrechte in Russland schießen lässt und deshalb ein Engagement der Bundesregierung im Interesse sowohl der Entwicklung Russlands selbst als auch der zwischenstaatlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen liegt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Umfasst das von der Bundesregierung angestrebte Aufnahmekontingent irakischer Christen auch Angehörige der Minderheitenreligion der Mandaer und der Yeziden, und wie begegnet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem Eindruck der Diskriminierung anderer schutzbedürftiger irakischer Flüchtlingsgruppen?
25. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist bei der Ausgestaltung der Übersiedlung der irakischen Flüchtlinge nach Deutschland sowie bei der Auswahl der in Betracht kommenden Personen nach der Konzeption der Bundesregierung der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) beteiligt?
26. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sollen nach Auffassung der Bundesregierung bei Inkrafttreten des von ihr beschlossenen BKA-Änderungsgesetzes sogenannte Onlinedurchsuchungen einschließlich Festplattenkontrolle von Computern bewerkstelligt werden, insbesondere die dafür nötige Technik auf den Computern installiert werden, und durch welche Gesetzesformulierungen wird sichergestellt, dass Installierungen der Technik zu Onlinedurchsuchungen nicht mittels heimlichen Eindringens in die Wohnungen erfolgen werden?
27. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung eine Ausnahme von Schulen aus der Meldepflicht für illegal in Deutschland lebende Kinder und Familien in Kraft setzen, und welche Schritte sind bis dahin geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Jens Ackermann
(FDP)
- In welcher Höhe erwartet die Bundesregierung Steuereinnahmen für die Kommunen durch die Einführung der Gewerbesteuer für Hilfsorganisationen im Rettungswesen, die aufgrund des Beschlusses des Bundesfinanzhofes vom 18. September 2007 (Az. I R 30/06) erhoben werden?*)
29. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Trifft die Aussage der Bundesministerinnen und Bundesminister Dr. Annette Schavan, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Wolfgang Tiefensee und Michael Glos zu, dass ihre Forderungen für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2009, die vom Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, als überzogen kritisiert wurden, durch Kabinettsbeschlüsse gedeckt seien, und um welche handelt es sich?
30. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche Forderungen für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2009 wurden an den Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie konkret gestellt, und welche finanziellen Auswirkungen sind dabei für die Jahre 2009 bis 2012 damit verbunden (Jahresdarstellung)?
31. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele bankaufsichtsrechtliche oder allgemeinaufsichtsrechtliche Prüfberichte über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) hat das Bundesministerium der Finanzen dem Verwaltungsrat der KfW seit 2000 vorgelegt, und was spricht dagegen, dass sich die KfW freiwillig der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt?

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

32. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, bei der Besichtigung des Atomkraftwerks Olkiluoto in Finnland am 15. April 2008 über die zweijährige Verzögerung des Kraftwerksbaus und die dadurch entstehenden Mehrkosten von bis zu 1,5 Mrd. Euro informieren lassen, und welche Rückschlüsse zieht er aus den Erfahrungen mit dem „finnischen Millionengrab“ (FAZ) für die Energiepolitik der Bundesregierung?
33. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schwächen des Integrierten Klima- und Energiepakets der Bundesregierung veranlassen den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, zu der in der „WirtschaftsWoche“ vom 12. April 2008 getätigten Aussage, er halte die Erreichung des Effizienzziels der Bundesregierung, den Stromverbrauch bis 2020 um elf Prozent zu senken, sowie des in Meseberg beschlossenen Ziels, den Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich bis 2020 auf 25 Prozent zu steigern, für „längst nicht sicher“, und welche Nachbesserungen plant die Bundesregierung, um die betreffenden Ziele dennoch zu erreichen?
34. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Steht die Bundesregierung noch zu den Vorgaben der Ministererlaubnis aus dem Jahr 2002, in der für die Übernahme der Ruhrgas AG durch die E.ON AG festgeschrieben wurde, dass die Verbundnetz Gas AG (VNG) als unabhängiges Unternehmen in Ostdeutschland weitergeführt werden soll?
35. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf aufgrund dessen, dass die Ziele der Ministererlaubnis, die VNG gemeinsam mit dem Elektrizitätswerk Weser-Ems AG (EWE) als Großaktionär zum fünften Player auf dem deutschen Energiemarkt zu entwickeln, wofür eine gemeinsame Holding von EWE und VNG in den östlichen Bundesländern gegründet werden sollte, bislang noch nicht umgesetzt wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

36. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihre Rentenpolitik aus der dramatisch angestiegenen Zahl von Rentnerinnen und Rentnern, die aufgrund zu geringer Renteneinkommen gezwungen sind, sogenannte Minijobs anzunehmen?
37. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Vorschläge der Landesminister Jens Bullerjahn (Sachsen-Anhalt) sowie Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern) gegen drohende Altersarmut wie die Einführung flächendeckender Mindestlöhne oder der Verpflichtung des Arbeitgebers zu einer Betriebsrente, höhere Rentenbeiträge für Minijobs oder bessere Bewertung von Zeiten des ALG-II-Bezugs?
38. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Analyse des Finanzministers aus Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn, und des Ministers für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, die davon ausgeht, dass die Durchschnittsrenten in Ostdeutschland in den nächsten Jahren erheblich sinken und viele Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein werden, und wie viele sog. Ost-Rentner der Jahrgänge 1957 bis 1961 werden nach Auffassung der Bundesregierung auf eine Grundsicherung angewiesen sein?
39. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung die im Bericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 4. November 2007 angekündigte Einführung von Einmalleistungen für Schulanfänger in Form eines „Schulstartpaketes“ von 150 Euro sowie die Einführung eines Bundeszuschusses für Mahlzeiten in Schulen und Kindertagesstätten als ergänzende Leistungen zu den Regelleistungen?
40. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt und auf welcher Datengrundlage beabsichtigt die Bundesregierung, die vom ehemaligen Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, am 10. August 2007 zugesagte Überprüfung der Regelleistungen durchzuführen, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche vor

dem Hintergrund, dass die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 frühestens im Jahr 2010 vorliegen werden?

41. Abgeordneter
**Uwe
Barth**
(FDP)

Wie hoch war das Sozialbudget in der Bundesrepublik Deutschland im letzten statistisch verfügbaren Jahr, und wie gliedert es sich nach beitrags- und steuerfinanzierten Leistungen?

42. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung im Rahmen der Einführung des Ausbildungsbonus begleitende Maßnahmen, die einer bevorzugten Förderung von verkürzten Ausbildungsgängen entgegenwirken, und wird sie den Anteil verkürzter Ausbildungsgänge im Rahmen der Förderung statistisch erfassen?